Donnerstag, 30. August 2018
Vorarlberger Nachrichten

A3

BVT-Affäre sorgt für Koalitionszwist

Justiz- und Innenressort schieben sich Verantwortung zu.

WIEN Die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) erhitzt am Ende des Sommers die politischen Gemüter. Die Opposition beruft zum wiederholten Male eine Sondersitzung des Nationalrats ein. Auch innerhalb der schwarz-blauen Koalition sorgt die Causa für Misstöne. Grund für die Aufregung ist ein Urteil des Oberlandesgerichts. Demnach war die Durchsuchung der BVT-Zentrale "unverhältnismäßig". Die Ermittler hätten sich die nötigen Unterlagen nicht mittels Razzia, sondern auf dem Weg der Amtshilfe besorgen müssen, urteilte das Gericht.

Justizminister Josef Moser (ÖVP) kritisierte daraufhin das FPÖ-ge-führte Innenministerium. Dieses hätte ihn und sein Kabinett von den bevorstehenden Hausdurchsuchungen informieren sollen. Die Freiheitlichen warfen Moser wiederum vor, sich abzuputzen. Der Justizminister habe sich vom "Oppositionsvirus einer angeblichen Einflussnahme in das Justizressort durch Innenminister Herbert Kickl" anstecken lassen, meinte FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz.

Der Generalsekretär im Innenressort, Peter Goldgruber, bestritt
unterdessen die Vorwürfe, er habe
vor den Hausdurchsuchungen
Druck auf die Staatsanwaltschaft
ausgeübt. Auch die Darstellung, er
habe den Auftrag gehabt, im Innenministerium "aufzuräumen", wies
er zurück: "Wenn Amtsträger im
Zuge ihrer Tätigkeit von strafbaren
Handlungen Kenntnis erlangen,
sind diese dazu verpflichtet, das
den Strafverfolgungsbehörden zu
melden." Medienberichten zufolge
hat Goldgruber der Wirtschaftsund Korruptionsstaatsanwaltschaft
(WKStA) vier Zeugen geliefert, zwei
davon seien von Kabinettsmitarbeitern zur WKStA begleitet worden.
Am Ende hat diese die Hausdurchsuchung beim BVT veranlasst.

Wie genau es dazu gekommen ist, soll nun die Staatsanwaltschaft Korneuburg prüfen. Dass Justizminister Moser zuerst die Presse darüber informierte, stieß bei der Staatsanwälte-Vereinigung auf Unverständnis. Deren Präsidentin Cornelia Koller sprach sich außerdem gegen die von Moser angekündigte Gesetzesänderung aus, wonach die WKStA künftig die Oberstaatsanwaltschaft wieder informieren muss,



Justizminister Moser (I., ÖVP) kritisiert das Innenressort. Innenminister Kickl
(FPÖ) weist die Verantwortung von sich. Die Angelegenheit sei Sache der Justiz.

bevor sie eine Razzia durchführen lässt. Diese wäre ein Rückschritt, vor allem bei der Bekämpfung internationaler Korruption, meint Koller im Ö1-Journal. Kritisch sei auch, dass dadurch alleine der Anschein politischer Einflussnahme entstehen könnte.

Misstrauen ohne Mehrheit

WIEN Der Misstrauensantrag gilt als das schärfste Mittel der parlamentarischen Kontrolle und die Oppositionsparteien – SPÖ, Neos und Liste Pilz – werden nun zu diesem greifen. Begründen müssen sie den Schritt nicht. Dennoch taten sie es am Mittwoch in aller Deutlichkeit. Ihr Ziel ist der Rückritt von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ), Auslöser ist die umstritenen Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Kickl habe großen Schaden für den Ruf der Republik und die Sicherheit der Bewölkerung verursacht, ist sich Jan Krainer (SPÖ) sicher. Das Kabinett des Innenministers habe massiv interveniert und die zuständige Staatsanwältin unter Druck gesetzt, meint Stephanie Krisser (Neos).

phanie Krisper (Neos).

Den Misstrauensantrag wollen die Oppositionspolitiker in der anstehenden BVT-Sondersitzung einbringen. Ihre Erfolgs-

aussichten sind jedoch gleich null. Denn hinter dem Innenminister der schwarz-blauen Koalltion steht eine parlamentarische Mehrheit und genau diese wäre nötig, um Kickl absetzen zu können. In der Geschichte der Republik ist noch nie ein Misstrauensantrag durchgegangen, sagt Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus. In Österreich herrsche nämlich nicht die klassische Gewaltentrennung zwischen Parlament und Regierung und Regierungsparteien auf der einen Seite sowie die Opposition auf der anderen Seite stehen.

Ein Misstrauensvotum steht nur dem Nationalrat zu, nicht aber dem Bundesrat. Anträge gebe es nicht allzu oft, hält Zögernitz fest: "Wenn es zwei oder drei pro Jahr sind, ist es schon viel." Bisher wurde die Regierung aber immer von einer parlamentarischen Mehrheit gestützt. VN-EBI



Kommentar Gerold Riedmann

Kickls Flächenbrand

Innenminister Herbert Kickl, laut seinem Chef Heinz-Christian Strache "bester Innenminister der zweiten Republik", hätte eigentlich über die nicht mehr klein zu haltende Geheimdienstaffäre rund um das Bundesamt für Ver-

"Wer hier an eine internationale Verschwörung glaubt, muss ein ziemlich hartnäckiger Geisterfahrer sein."

fassungsschutz und Terrorismusbekämpfung reden müssen.

Der Innenminister erhielt es von der Justiz schwarz auf weiß: Er hat mit zu großen Kanonen auf Spatzen geschossen. Unverhältnismäßig seien die Hausdurchsuchungen gewesen, ein Amtshilfeverfahren wäre die richtige Wahl der Dinge gewesen.

Stattdessen saß er, verschanzt hinter einem Bürgen bei jener Pressekonferenz, die wohl auch mit Terrorismus zu tun hatte. Mehr aber mit der volkstümlichen Seite: Er rief der Bevölkerung in Erinnerung-obwohl laut Eigenbekunden keine erhöhte Gefahr vorliege – wie man sich bei Terroranschlägen Marke Nizza, Paris oder Brandsschiddbatz zu verhalten hätte.

Präsentiert wurden ministerielle Tipps nach den Grundsätzen "Flüchten, verstecken und nur im Notfall verteidigen". Exakt das ist im Prinzip auch die Strategie der türkis-blauen Bundesregierung in der Angelegenheit.

Bundeskanzler Sebastian Kurz, jetzt eh auf dem Weg nach Asien, außer Reichweite, sozusagen. Und kein halbwegs zuständiger Minister sieht irgendeine Beschädigung der Reputation der österreichischen Geheimdienste. Alle behaupten just das Gegenteil dessen, was Informationsstand von Journalisten in Wien, Berlin, aber auch der Washington Post ist. Nämlich dass internationale Geheimdienste die Zusammenarbeit mit den Österreichern nun mit anderen Augen sehen. Wer hier an eine internationale Verschwörung glaubt, muss ein ziemlich hartnäckiger Geisterfahrers sein.

Die Affäre selbst hat Kickl der ÖVP in den Vorgarten gelegt. Das sei Sache der Justiz. Ihn, den Innenminister, gehe das sauber nix an.

In den Zwischentönen wird es aufschlussreicher: Justizminister Josef Moser (ÖVP) kündigte in Alpbach an, er wolle die Causa auf Ermittlungsdruck überprüfen. Im Klartext, ob das Innenministerium Einfluss auf die Ermittlungen genommen hat.

Es hat Tage gedauert, bis die BVT-Affäre in den Medien entsprechenden Widerhall fand. Es hat Monate gedauert, um die Vorgänge zu verstehen. Es wird Jahre dauern, diese übermotivierte Umfärbungsaktion der FPÖ auf Kosten der Reputation Österreichs aufzuarbeiten.

Kickl wird die Vorwürfe wegboxen und noch sieben andere Pressekonferenzen mit Terrortipps abhalten. Er selbst weiß aber, dass er mit der Aktion brutal vom Pferd gefallen ist.



GEROLD RIEDMANN gerold.riedmann@vn.at 05572 501-320

Gerold Riedmann ist Chefredakteur der Vorarlberger Nachrichten.

Jugendanwälte gegen Lehrverbot

WIEN Die Kinder- und Jugendanwaltschaften kritisieren die geplante Abschaffung der Lehre für Asylwerber. In einer Aussendung ist von einer "Lose-lose-Situation" die Rede. Für die Jugendlichen seien es verlorene Jahre und für die Wirtschaft, die händeringend motivierte junge Menschen suche, sei es schlicht schildbürgerhaft. Auch negative Auswirkungen auf die Gesellschaft erwarten die Kinder- und Jugendanwaltschaften. Für den sozialen Frieden sei es nämlich kontraproduktiv, eine Gruppe von Menschen gezielt zu diskriminieren, auszuschließen und zu zwingen, "nutzlos zu sein".

Bund könnte Ländern weiter bei Sozialhilfe unter die Arme greifen

WIEN 2,3 Millionen Euro hat der Bund 2017 zu den Krankenversicherungsbeiträgen der Sozialhilfebezieher in Vorarlberg beigesteuert. Auch heuer leistet er wieder seinen Beitrag, wie es die entsprechende Vereinbarung mit den Ländern vorsieht. Diese ist bis Ende des Jahres befristet, könnte aber verlängert werden, wie Landesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne) den VN nach einem Treffen mit Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) in Wien berichtet: "Sie hat zugesagt, dass sie sich auch über 2018 hinaus an den Krankenversicherungsbeiträgen beteiligen wird." Vom Sozialressort gab es am Mittwoch dazu

noch keine Stellungnahme. Ende 2016 hat der damalige Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) die Vereinbarung mit den Ländern verlängert, obwohl kein neuer 15a-Vertrag zur Mindestsicherung zustande gebracht worden ist. Dennoch wollte das Ressort die medizinische Versorgung der Mindestsicherungsbezieher absichern, wie es damals begründete. Der Kostenersatz der Krankenversicherungsbeiträge war lange das einzige Druckmittel des Bundes zum Abschluss eines erneuerten Bund-Länder-Vertrags.

Zu diesem ist es bis heute nicht gekommen, weshalb das Sozialministerium nun an einem Grundsatzgesetz feilt. Dieses soll im Herbst fertig sein. Wiesflecker hofft, dass darin regionale Speliräume berücksichtigt werden; für die Lebenshaltungs- und für die Wohnkosten. Wichtig wären ihr zudem, dass die Richtsätze für Kinder weniger stark zurückgefahren werden. VN-EBI

